

09. April 2024

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

in großer Sorge wenden wir uns an Sie vor dem Hintergrund seit Wochen anhaltender Proteste von Menschen, die insbesondere in der Landwirtschaft und im Handwerk tätig sind. Als Verantwortliche der kommunalen Ebene, wo die Folgen der Proteste direkt spürbar werden, haben wir uns mit einigen dieser Personen ausführlich ausgetauscht, wollten wissen, was sie bewegt und was nötig wäre, ihren offenkundigen Unmut aufzulösen. Hierbei ergab sich ein sehr differenziertes Bild.

Alle Frauen und Männer, mit denen wir sprachen, stehen fest auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Im Gegensatz zu mancher medialen Darstellung unserer Zeit ist es keineswegs ihr Ziel, Institutionen des Staates in Frage zu stellen. Wir nahmen vielmehr eine große Sorge um die weitere Sicherung der Demokratie in unserem Lande wahr, gepaart mit Ängsten und Sorgen um die Familien und Beschäftigten.

Uns erreichte ein Meinungs- und Stimmungsbild, welches im Kern durch eine zunehmende Zahl verschiedener Zumutungen entstand, von denen jede für sich genommen lösbar erscheint. In ihrer Summe und ihrer teilweisen Unvorhersagbarkeit stellen sie für die betroffenen Menschen jedoch eine Masse dar, die ihren Toleranzrahmen dermaßen übersteigt, dass sie Woche für Woche viele Stunden ihrer Zeit für Proteste opfern. Zeit, die sie auch gut gebrauchen könnten, um Aufträge abzarbeiten oder anderweitig aktiv zu sein. Um die Förderung von Agrardiesel geht es hier längst nicht mehr, dies war eher der Tropfen, der ein schon zuvor volles Fass zum Überlaufen brachte.

Hier einige der Themen, die uns gegenüber angesprochen wurden:

- Unter anderem unkalkulierbare Mauterhöhungen und steigende CO₂-Steuern sorgen für permanente Teuerungen, die so jedoch unmöglich an die Kundschaft weitergegeben werden können.
- Die Erhöhung des Bürgergeldes verschärft die bereits zuvor massiven Probleme, beruflichen Nachwuchs oder Fachkräfte zu finden. Das Lohnabstandsgebot sehen viele Betroffene nicht mehr erfüllt.
- Der Eindruck, bei Ausschreibungen gegenüber Unternehmen aus Osteuropa chancenlos zu sein, verstärkt sich, obwohl diese doch grundsätzlich demselben europäischen Recht unterliegen. Augenscheinlich jedoch ohne den hierzulande herrschenden Kontrolldruck.
- Die steigende Abgabenlast für Unternehmen und Beschäftigte trotz Preis- und Inflationsdruck stellt den Wert der Arbeit in Handwerk und Landwirtschaft infrage. Die zuletzt umgesetzte Erhöhung der Krankenkassenbeiträge sei hier beispielhaft genannt.
- Zunehmende Verwaltungs- und Nachweistätigkeiten, gepaart mit immer längeren Bearbeitungszeiten in Behörden, erhöhen den Aufwand und schmälern die Freude an der Arbeit erheblich.
- Spätestens wenn hochqualifizierte Dritte zwischen Unternehmen und Staat einzuschalten sind, ist schon auf Grund der enormen Belastungen im Bereich der Steuerberatung eine fristgerechte Abgabe oftmals unmöglich.

- Während staatliche Behörden wie bspw. das Finanzamt bei Zeitverzug der Bringepflichten von Unternehmen sehr schnell und mit empfindlichen Sanktionen reagieren, leisten diese sich mittlerweile regelmäßig dann enormen Langmut, wenn es darum geht, Vorgänge abzuarbeiten, deren Ergebnisse zum Vorteil der Unternehmen zu erwarten wären. Das gefährdet die Liquidität von Unternehmen und schafft hohe Frustration durch für fehlende Augenhöhe im Umgang miteinander.
- Auslaufende und ausgelaufene Förderprogramme, z.B. im Bereich der Elektromobilität, lassen notwendige Investitionen illusorisch erscheinen.
- Finanziell, personell und strukturell ausgeblutete Unternehmen können kaum noch Investitionskraft aus sich selbst heraus entwickeln und finden auch erschwert Zugriff auf Kreditkapital.
- Der Mindestlohn, auch für unqualifizierte Kräfte, stellt in der Praxis ein enormes Hindernis schon deshalb dar, weil oftmals diese Kräfte durch die mangelnde Effizienz ihrer Tätigkeit mehr Kosten erzeugen als qualifizierte Beschäftigte, deren Motivation auf diesem Wege zudem sinkt.

Dies sind nur einige der Problemfelder, von denen uns berichtet wurde. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch, was aus diesen Schwierigkeiten resultiert, welche Meinungen und Emotionen so entstehen. Hier einige Zitate dieser Menschen:

- „Die gesellschaftliche Anerkennung für Frauen und Männer, die mit ihrer Hände Arbeit Werte schaffen, ist vollständig verloren gegangen.“
- „Ich sehe mein Lebenswerk, das Unternehmen, in das ich über Jahrzehnte all meine Kraft und mein Herzblut gesteckt habe, in Gefahr.“
- „In eine rechte Ecke geschoben zu werden, weil wir Probleme offen ansprechen, zeigt wie sehr Medien und Politik inzwischen von der arbeitenden Bevölkerung entfernt sind.“
- „Ich habe das Gefühl, mit Gewalt an die Wand gedrückt zu werden.“
- „Ich kann nachts kaum noch schlafen vor Existenzangst und Sorge darum, wie ich meine Beschäftigten weiter gut versorgen kann.“
- „Meine Kinder beobachten natürlich, von welchem Druck und von welchen Auseinandersetzungen mein Alltag durchzogen ist und wie wenig Anerkennung meine Arbeit findet. Mein Traum, dass sie das Unternehmen einst weiterführen, wird sich deshalb leider nicht erfüllen.“
- „Fleiß wird heutzutage nicht mehr belohnt, sondern bestraft. Mir ist ein Rätsel, wie uns folgende Generationen existieren sollen.“

Die Frauen und Männer, die solche Probleme und Emotionen uns gegenüber offen ansprachen, sind verständige, intelligente Personen, die mit beiden Beinen fest im Leben stehen und zu Recht mit Stolz auf ihre Lebensleistungen blicken. Mehr noch: Sie sind tatsächlich diejenigen, an denen auf die Wirtschaft zielende neue Regelungen und Gesetze ihren Praxistest erleben. Wir appellieren daher an Sie, diesen Menschen Gehör zu schenken, ihre Belastungsgrenzen ernst zu nehmen und nach Lösungen zu suchen. Wir bieten uns gern an, diesen Prozess nach Kräften zu unterstützen.

Unsere Mittel sind überschaubar. Wir achten verstärkt darauf, kommunale Aufträge nach Möglichkeit regional zu vergeben und kommunale Gesellschaften zu aktiver Investitionstätigkeit anzuhelfen. Damit helfen wir allerdings lediglich einigen der betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer zeitweise, die strukturellen Probleme berührt das in keiner Weise.

Unser großer Wunsch ist es, dass die Betroffenen auf allen politischen Ebenen gehört werden und die von ihnen zu Recht beklagte Belastungsspirale aktiv in eine Entlastungsstrategie mündet, die regionale Unternehmen in ihrem Bestand schützt sowie den dort Tätigen Respekt und Perspektiven sichert.

Wir verstehen und anerkennen vollständig, in welcher komplexer Lage Ihre Regierung derzeit agieren muss. Uns ist ebenfalls klar, dass nicht jedes Problem dieser Zeit auf einfache Weise zu lösen ist. Allerdings nehmen wir vor dem Hintergrund unserer Gespräche mit betroffenen Personen wahr, dass aktuell sehr Vieles in eine Richtung geht, die als hochproblematisch zu betrachten ist und ohne entschlossene Reaktion zügig weiter an Dynamik gewinnen dürfte. Wir werben sehr dafür, dem Gehör zu schenken und würden uns freuen, wenn eine Möglichkeit gefunden würde, dazu mit uns als Kommunen sowie mit betroffenen Unternehmen ins Gespräch zu kommen und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen. Ziel sollte unseres Erachtens sein, in absehbarer Zeit zu belastbaren Ergebnissen zu gelangen.

Mit freundlichen Grüßen



René Wilke
Oberbürgermeister der Stadt
Frankfurt (Oder)

Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 552-990
E-Mail: oberbuergermeister@frankfurt-oder.de



Robert Nitz
Bürgermeister der Stadt
Seelow

Stadt Seelow
Küsteriner Straße 61
15306 Seelow
E-Mail: robert.nitz@seelow.de

Dieses Schreiben wird inhaltlich unterstützt von:



Sven van Dyk
Obermeister der Innung des Maler-
und Lackiererhandwerks Oderland

in Vertretung unter anderem folgender Unternehmen und Vereinigungen:

- Bettina Lehman, Landfleischerei Heinersdorf
- Michael Lange, Drews & Partner Frankfurt Oder
- Steffen Bönisch, Obermeister der Metallbauinnung Oderland
- Marc Bamberger, BCD Containerdienst Lebus
- Katja Klemke, Landwirtin aus Lebus OT Mallnow